

Rosa Luxemburg : immer wieder neue Polemik : konservative Leichenfledderer

Autor(en): **Egert, Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340472>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

C.U. Brunner et al., «Elektrizität sparen», Nationales Forschungsprogramm 44, Energie. Zürich, September 1986

M.G. Real, «Solarzellenanlagen, Abschätzung des Potentials Energiewirtschaft», Studie Nr. 34, Bern, 1984

S.P. Mauch, W. Ott, «Volkswirtschaft-

lich bestmögliche Elektrizitätstarife für die Schweiz», Nationales Forschungsprogramm 'Energie', INFRAS, Zürich, 1985
WWF Schweiz, F. Wolfart, «Szenarien der Energieverbrauchsentwicklung in der Schweiz bis ins Jahr 2020», in: «Gesunde Umwelt oder gesunde Wirtschaft – ein Gegensatz, der nicht sein muss», Zürich, 1984

ven Regierungspartei – konnte wohl nur vor dem Hintergrund einer sensibilisierten liberalen Öffentlichkeit gefasst werden, in der die Forderung des «Liebknecht-Luxemburg-Komitees» nach einer angemessenen Ehrung der beiden Revolutionäre stärker Gehör und Unterstützung findet.

Bemerkenswert ist dennoch die Begründung, die eine der Befürworterinnen des Gedenksteins, Schulsenatorin Laurien, für ihre Position im Abgeordnetenhaus gab: «Es ist nach meiner Kenntnis der erste politische Mord. Und diesen ersten politischen



Rosa Luxemburg

Mord müssen wir als eine Mahnung und als eine Warnung an alle diejenigen verstehen, die mit Verbalradikalismus zum Beispiel so etwas beschwören; ich glaube, dass gerade in unserer Stadt – Wannsee-Konferenz* und Plötzensee – eine solche Gedenktafel nicht zu Verherrlichung antidemokratischer Gesinnungen führt, sondern bewusst machen kann, was politische Morde bedeuten. In diesem

* An der sogenannten Wannsee-Konferenz wurde die «Endlösung» der Judenfrage beschlossen.

Rosa Luxemburg: Immer wieder neue Polemik

Konservative Leichenfledderer

Von Jürgen Egert

Knapp 68 Jahre nach der Ermordung Rosa Luxemburgs entzündet sich an der Bewertung ihres Lebens und Wirkens erneut ein heftiger Meinungsstreit im westlichen Teil Berlins. So geriet die Abgeordnetenhaussitzung am 13. November 1986 unversehens zum Schauplatz einer brisanten Debatte über die Ereignisse des «Spartakusaufstandes» vom Januar 1919.

Am Ende dieser Parlamentsdebatte konnten die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP das gewohnte einheitliche Bild bei Abstimmungen nicht mehr bieten. Die Abstimmung musste freigegeben werden, um Schlimmeres zu verhüten.

In den Wochen darauf widmete die «Berliner Morgenpost» Rosa Luxemburg und ihrem Wirken nicht weniger als vier Fortsetzungsartikel. Eine willkürliche Aneinanderreihung aus dem Zusammenhang gerissener Zitate musste herhalten, um dem Parlament nachträglich die Leiven zu lesen. Selbst Lenin und die KPD-Vorständlerin Ruth Fischer wurden zu Kronzeugen gegen Rosa Luxemburg umfunktioniert.

Im ideologischen Kampf ist Springers Flaggschiff kein Argument zu billig – der Zweck heiligt offensichtlich jedes Mittel. Von dem bereits zitierten Teil

der veröffentlichten Meinung kräftig angeheizt, wurde das gesplattene Abstimmungsverhalten der CDU Gegenstand heftiger innerparteilicher Kontroversen in der Regierungspartei.

Der Anlass all dieser Aufregungen war vergleichsweise unbedeutend: Die Fraktion der Alternativen Liste (AL) hatte beantragt, einer kleinen Fussgängerbrücke über dem Landwehrkanal den Namen Rosa Luxemburgs zu geben. Diese Brücke steht an der Stelle, an der die Freikorpschergen Rosa Luxemburg in das Wasser gestossen haben.

In einer Stadt, in der noch immer ganze Strassenzüge die Namen von Generälen tragen und in der es gleich mehrere Bismarck-, Hindenburg- und Moltkestrassen gibt, wäre die Namensgebung, die an ein Opfer der Reaktion erinnert, mehr als gerechtfertigt.

Statt der alternativen Initiative zuzustimmen, forderten CDU und FDP, Gedenksteine für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufzustellen. Dieser Antrag wurde im Hammelsprung gegen den Widerstand einer bedeutsamen Minderheit in der CDU- und FDP-Fraktion angenommen.

Dieser Beschluss – unterstützt von einem Teil der konservati-

Sinne habe ich bei aller leidenschaftlichen politischen Gegnerschaft Respekt vor den Opfern.»

Was ist nun der Sinn der Kampagne der Rechtspresse in der Stadt? Warum rennt sie seit Wochen so verbissen gegen den mit deutlicher parteiübergreifender Mehrheit beschlossenen Antrag an?

Es sind sicherlich nicht die vorgesehenen Gedenksteine, die anecken, es ist die veränderte Sicht deutscher Geschichte, die natürlich auch den Blick für gegenwärtige Ereignisse verändert. Früher genügte allein schon der Hinweis, dass Rosa Luxemburg schliesslich Mitbegründerin der KPD war, um sie ein für allemal in die antidemokratische Ecke zu stellen. Heute erkennen immer mehr kritische Menschen, dass die von Rosa Luxemburg geführte Kommunistische Partei der Jahreswende 1918/19 kaum etwas mit der von der KPdSU abhängigen KPD der Mitte der zwanziger Jahre zu tun hatte.

Rosa Luxemburg gehörte schon zur Kritikerin Lenins, als dieser noch von keinem einzigen bürgerlichen Politiker Deutschlands wahrgenommen wurde. Bereits 1903 veröffentlichte sie eine Schrift, in der sie ihre grundsätzliche Absage an das Leninsche Avantgarde-Modell begründete – eine Position, die bis heute aktuell geblieben ist.

Es ist bezeichnend, dass in den «Morgenpost»-Artikeln jeder Hinweis auf diese prinzipielle Auseinandersetzung zwischen Luxemburg und Lenin fehlt. Statt dessen finden wir die «Morgenpost» und SED in einem seltsamen Bündnis vereint und einig in dem Urteil, dass das Erbe Rosa Luxemburgs den Kommunisten gehört.

Die «Berliner Morgenpost» schrieb am 28. November vergangenen Jahres: «Aus dem zeitlichen Abstand lässt sich das Fazit ziehen: Rosa Luxemburg

und Karl Liebknecht wollten die Demokratie in Deutschland verhindern und eine kommunistische Diktatur errichten. Steht ihnen in West-Berlin ein Mahnmal als Ausdruck des Respektes zu, wie es die Mehrheit im Rathaus Schöneberg wünscht? Schon früher hatte sich die SED gegen solche verwahrt und der heutigen SPD vorgeworfen, Rosa Luxemburgs Leben und Kampf zu verfälschen, sie der Sowjetunion entgegenzustellen und sie zu einer Advokatin des Sozialdemokratismus zu stempeln. Für die SED ist es unbestritten, dass die Spartakus- und KPD-Gründerin in ihre eigene Ahnengalerie gehört.»

Diese Sichtweise soll verhindern, dass sich Sozialdemokraten und unabhängige Linke auf das Werk Rosa Luxemburgs berufen und sie als Mitbegründerin eines demokratischen, westlichen Marxismus neu entdecken.

Der Absicht der Stigmatisierung dienen sowohl die Verweise auf die Auseinandersetzungen in der Vorkriegs-SPD als auch auf die offene Feindschaft zwischen der Spartakusgruppe und der Mehrheitssozialdemokratie in der deutschen Revolution.

Abgesehen davon, dass für die Reaktion immer nur tote auch gute Sozialdemokraten sind, lässt sich mit diesen vordergründigen Argumenten kein Keil in die SPD treiben. Im Rückblick erkennen wir heute, dass die passive und abwartende Haltung der späten Bebelschen SPD viel zur Hilflosigkeit der Arbeiterbewegung bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges beigetragen hat. Die harte und mitunter auch verletzend Kritik von Rosa Luxemburg und vieler anderer Sozialisten an dieser Haltung war – wenn auch nicht in allen Einzelfragen – wirklichkeitsnäher als manch naiver Zukunftsglaube.

Auch für die Auseinandersetzung in der Revolution gilt, dass

– aus heutiger Sicht – die Mehrheitssozialdemokratie natürlich zu Recht zum Beispiel dafür kämpfte, ihr von den Spartakisten besetztes Vorwärts-Gebäude wiederzuerlangen, dass sie aber einen verhängnisvollen Fehler beging, dabei auf die Freikorps zu setzen. Dieser Akt half unter anderem mit, diese Mordbanden gesellschaftlich hoffähig zu machen. Eine schwere Hypothek, die die Arbeiterbewegung über die ganze Zeit der Weimarer Republik mit sich herumschleppte.

Schliesslich soll mit der gegenwärtigen Kampagne verhindert werden, dass sich die feministische Bewegung mehr und mehr für diese aussergewöhnliche Frau interessiert. Ein engeres Zusammenrücken von Frauenbewegung und sozialistischer Bewegung soll auf jeden Fall torpediert werden.

Es ist das Verdienst des Films von Margarethe von Trotta, dass sie uns den Blick auf die ganzheitliche Person Rosa Luxemburg erschlossen hat. Eine Frau, die sich im politischen nicht anders als im privaten Leben verhielt und damit die feministische These «das Private ist politisch» auch praktisch lebte. Viele, die bisher nur Rosa Luxemburgs theoretische Schriften kannten, haben durch diesen Film auch einen Einblick in ihr privates Leben nehmen können, haben ihre Menschlichkeit und ihre Liebe zur Natur kennengelernt.

Es ist daher kein Zufall, wenn die «Berliner Morgenpost» das genaue Gegenbild zu zeichnen versucht und sie systematisch als grausam, rücksichtslos und unduldsam beschreibt. Aus dem Zusammenhang gerissene Stellungnahmen von Weggefährten, mit denen sie teilweise über Jahrzehnte freundschaftlich verbunden war, müssen bei der «Morgenpost diese ungeheuerlichen Behauptungen belegen».

Alle diese angeführten Gesichts-

punkte reichen jedoch nicht aus, um die wütenden Angriffe der Rechtspresse zu begründen, wäre da nicht noch die von Schulse-natorin Laurien stellvertretend für andere gezogene Linie von der Ermordung Luxemburgs zur Wannsee-Konferenz und zu Plötzensee. Wer auch nur den leisesten Verdacht aufkommen lässt, dass die bürgerliche Gesellschaft, die dem Mord an Luxemburg und Liebknecht applaudierte, auch etwas mit der Wannsee-Konferenz zu tun hatte, passt nicht in das Bild der angestrebten «geistig-moralischen Wende».

Geht es doch darum, wieder einmal Kommunismus und Faschismus gleichzusetzen, sie als gleich grausam erscheinen zu lassen und damit auch die Ungeheuerlichkeit der faschistischen Menschenvernichtung zu verharmlosen – nach dem Motto:

«Hatte Hitler die Juden, so hatte Stalin die Zwangsarbeiter».

Es ist nur logisch, dass in dieser «geistig-moralischen Wende» eine Kommunistin nicht Opfer sein darf, erst recht nicht jemand, für die ein Gedenkstein enthüllt wird. Radikale Sozialisten und auch Kommunisten haben in diesem Weltbild nichts mit Humanismus und Demokratie zu tun.

Diese ständige Angst vor einer sich lockernden ideologischen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten und dem anderen Staat in Deutschland ist es dann auch, die die gleichen publizistischen Kräfte gegen eine Reise Eberhard Diepgens zur 750-Jahr-Feier nach Ost-Berlin Front machen lässt. Unter dem Vorwand, um den Status von West-Berlin besorgt zu sein, fürchtet man tatsächlich die ideologische Aufweichung – denn

Kommunisten, mit denen man feiert, können ja bekanntlich nicht so schlimm sein.

Die vehement geführte Kampagne gegen die Gedenksteine für Luxemburg und Liebknecht und das tägliche Veto, mit dem gegen eine Reise Diepgens nach Ost-Berlin opponiert wird, gehören zusammen. Ziel ist es, die Basis der CDU aufzubringen.

Die jüngste Konferenz der Jungen Union in West-Berlin hat bewiesen, dass dies nicht ohne Wirkung bleibt. Die Junge Union, die sich vor Jahren noch als «Reformflügel» der Gesamtpartei profilieren wollte, sprach sich jetzt sowohl gegen die Ehrung Rosa Luxemburgs als auch gegen eine Reise Diepgens zur 750-Jahr-Feier nach Ost-Berlin aus. Im Springer-Haus in der Kochstrasse kann Vollzug gemeldet werden.

Ein Bericht aus dem Zürich nach 1980

Eine Schreib-Tat am Tat-Ort

Manfred Züfle über das zweite Buch von H.U. Müller

Von H.U. Müller ist ein zweites Buch im Z-Verlag erschienen. Das erste hiess «Der Ausgerissene», das zweite «Der Entfesselte». Schon in den Titeln scheint ein Programm (und mehr) zu stecken. Der Autor sagt, dass er mit einem schmälern dritten Buch die «lockere Trilogie» abzuschliessen gedenke.

Gegenstand des zweiten Buches ist ganz klar zuerst und zuletzt der Autor selbst. Müller sagt es schon auf der ersten Seite deutlich und ohne Umschweife: «Der Entfesselte ist ein autobiographisches Buch, in Zürich geschrieben, von Zürich handelnd. Es geht um persönliche Befreiung (etwa um das Schreiben, als Akt und Prozess der Befreiung) – und es geht um

Augenscheine, die der Autor an verschiedenen Tatorten Zürichs vornimmt.»

Ich kenne kaum einen andern Autor, der seine Autorschaft und, was sie intendiert, so schonungslos preisgibt. An anderer Stelle spricht Müller von «radikaler Ehrlichkeit». Es ist klar, dass solches Schreiben und sein Produkt Ärger, Irritation, Ablehnung auslösen kann. Müller scheint ein helvetisches Tabu zu brechen: Man schreibt nicht ungedeckt über sich selbst! Wenn man's schon nicht lassen kann, bedecke man sich gefälligst mit Fiktion, mit Innerlichkeit, mit Confession, oder man stilisiere sich allenfalls zum Fall. Das alles macht H.U. Müller *nicht*.

Man kann natürlich Wünsche äussern, was Müller nach seinem

ersten Bericht, der immerhin Nachrichten aus den Innereien der Psychiatrie vermittelte und sich insofern vor einem Leserinteresse «draussen» legitimierte, nun hätte schreiben sollen, wie man mit Zürich (anders) literarisch umgehen könnte oder sollte, was für Reportagen und Berichte doch vordringlicher wären als ausgerechnet Autobiographie in Zürich. Solche Wunschanmeldungen sind immer möglich – auch angesichts von H.U. Müllers zweitem Buch. Man kann aber auch feststellen: Müller bringt Autobiographie in Zürich nicht auf den Begriff, aber auf eine verbindliche *literarische Form*. Und: Diese Form ist die Konsequenz aus seinem ersten Buch.

Damit setzt sich aber der Autor –